

Themenschwerpunkt in diesem Rundbrief:

Gender in Natur-, Umwelt- und Planungswissenschaften: Von der Theorie zur Integration in die Praxis

Die Integration von Gender Studies in die Lehre in naturwissenschaftlichen Studiengängen – Ein Fallbeispiel aus der Universität Hamburg

von Helene Götschel und Robin Bauer

In Deutschland nahm 1997 der erste Studiengang Geschlechterstudien/Gender Studies an der Humboldt-Universität zu Berlin seinen Lehrbetrieb auf. Inzwischen wurden an deutschsprachigen Universitäten mehr als 20 Studienprogramme oder Schwerpunkte für Gender Studies eingerichtet und weitere Hochschulorte werden folgen. An der Universität Hamburg startete zum Sommersemester 2003 der Teilstudiengang Gender Studies. Das Profil des Hamburger Studiengangs wird geschärft durch den Schwerpunkt Queer Theory, d.h. die Auseinandersetzung mit neuesten theoretischen Entwicklungen zu Sexuellem Begehren und Heteronormativität, sowie den Schwerpunkt Technoscience, d.h. die Analyse naturwissenschaftlichen Wissens und technologischer Entwicklungen. Zugleich ist der Teilstudiengang kompatibel zu Magister- und Diplomstudiengängen. Das Diplom-Wahlfach bzw. Nebenfach umfasst in der Regel 12 SWS im einführenden Grundstudium und 8 SWS im vertiefenden Hauptstudium. Die Studierenden beschäftigen sich zunächst in Grundkursen mit Tutorien mit Feministischer Theoriebildung, Subjektbegriffen und Machtverhältnissen. Sie stellen im Bereich „Geschichte ausgewählter sozialer Bewegungen“ die Theorieentwicklung in den gesellschaftlichen Zusammenhang und wählen eine Veranstaltung aus dem Bereich Technoscience. Im Hauptstudium besuchen sie zwei Projektseminare und ein Hauptseminar (z.B. aus dem Bereich Technoscience). Außerdem lernen sie neuere Forschungen in einer interdisziplinären Ringvorlesung kennen. Eine Überführung dieses Teilstudienganges in die neue Struktur der Bachelor-

und Masterabschlüsse und die Bewertung der Studienleistung durch Kreditpunkte ist in Vorbereitung.

Technoscience, d.h. die Auseinandersetzung mit naturwissenschaftlichem Wissen und technologischen Entwicklungen, muss von allen Studierenden der Gender Studies im Grundstudium mit mindestens einer Lehrveranstaltung besucht werden. Im Hauptstudium können bei Interesse schwerpunktmäßig zwei und mehr Veranstaltungen aus diesem Bereich belegt werden. Technoscience wird zur besseren Orientierung der Studierenden unterteilt in die folgenden vier Schwerpunkte: Zugang (von Frauen) zu Naturwissenschaft und Technik, Wissenschaftsanalyse, Technikgestaltung sowie Erkenntnistheoretische Fragen. Zwei Professorinnen für Gender und Technik bzw. für Gender und Naturwissenschaften, DozentInnen der Geschichte der Naturwissenschaften und der Erziehungswissenschaft sowie weitere Lehrbeauftragte sorgen für ein interessantes Angebot an Lehr-

veranstaltungen aus allen vier Schwerpunkten der Technoscience auf Grund- und Hauptstudiumsniveau. Gerade dieses Grundlagenfach Technoscience macht den Hamburger Studiengang Gender Studies attraktiv für Studierende naturwissenschaftlicher Fächer. Dabei werden die Anforderungen individuell an die Studienbedingungen der einzelnen Diplom-Hauptfächer angepasst. Bislang kann Gender Studies an den Fachbereichen Mathematik, Physik, Biologie und Informatik als Anwendungsfach, Wahlfach, Nebenfach bzw. Ergänzungsfach belegt werden. Für Studierende der Informatik, die Gender Studies als Ergänzungsfach wählen, bedeutet das beispielsweise, dass sie im Grund- und Hauptstudium jeweils 12 SWS belegen müssen. Zwei Einführungsveranstaltungen mit jeweiligem Tutorium mit den Schwerpunkten „Feministische Theorienbildung“ und „Subjektbegriff und Machtverhältnisse“ sind Pflicht, sowie eine Veranstaltung aus dem Grundlagenbereich „Geschichte sozialer Bewegungen“, in der u.a. verdeutlicht wird, dass innovative wissenschaftliche Ideen in einem konkreten gesellschaftlichen Kontext (z.B. der Frauenbewegung) entstehen. Im Grundlagenbereich Technoscience wählen sie eine Veranstaltung, die einem der drei möglichen Bereiche „Zugänge zu Naturwissenschaft und Technik“, „(De-)Konstruktion und Wissenschaftsanalyse“ oder „Technikgestaltung und -Anwendung“ zugeordnet ist. Im Hauptstudium sieht der standardisierte Studienplan Gender Studies Diplom nur vier Lehrveranstaltungen vor. Studierende der Informatik müssen hier aufgrund der Vorgaben ihres Faches weitere Seminare besuchen. Diese können sie nach Interesse aus einem reichhaltigen Angebot von Lehrveranstaltungen auswählen und es besteht die Möglichkeit, die Beschäftigung mit Technoscience in Projekt- und Hauptseminaren zu vertiefen. Diplomstudierende naturwissenschaftlicher Fächer mit Interesse an interdisziplinären und gesellschaftskritischen Fragestellungen sind darüber hinaus in einzelnen, zertifizierbaren Lehrveranstaltungen der Technoscience willkommen. Lehramtsstudierende naturwissenschaftlicher Fächer, welche Gender Studies nicht als Nebenfach wählen können, jedoch als angehende Lehrer und Lehrerinnen unbedingt ihr Wissenschaftsverständnis reflektieren und ihre Genderkompetenz erweitern sollten, können an der Universität Hamburg ausgewählte Lehrveranstaltungen aus dem Bereich Technoscience im Rahmen der er-

ziehungswissenschaftlichen Ausbildung im Projekt Degendering Science studieren.

Das Projekt „Degendering Science - Erweiterung des Wissenschaftsverständnisses und Curriculums der Naturwissenschaften“ nahm im Januar 2002 am Fachbereich Erziehungswissenschaft für vier Jahre seine Arbeit auf. Naturwissenschaftliches Wissen und technologische Entwicklungen sollen hier aus einer Genderperspektive und im gesellschaftlichen Kontext reflektiert und dadurch die Attraktivität für die Beschäftigung mit Naturwissenschaft und Technik erhöht werden. Das Projekt wendet sich im Sinne einer Doppelstrategie zu gleichen Teilen an Studierende der Erziehungswissenschaft (mit den Abschlüssen Diplom, Magister und Staatsexamen), darunter insbesondere Lehramtsstudierende naturwissenschaftlicher Fächer, und an Studierende des Teilstudiengangs Gender Studies (Diplom, Magister) im Grundlagenfach Technoscience.

Das Modul „Gender Studies und Naturwissenschaften“ knüpft dabei an aktuelle Studienreformprozesse am Fachbereich an, denn spätestens ab 2009 sollen die bisherigen Lehramts-, Diplom- und Magisterstudiengänge durch Bachelor- und Masterstudiengänge abgelöst werden. Die Überführung der im Projekt evaluierten Lehrveranstaltungen aus dem Bereich „Gender Studies und Naturwissenschaften“ in eine modulare Studienstruktur bietet die Chance, das Stoffgebiet in einzelne, systematisch aufeinander aufbauende bzw. einander ergänzende Lehrveranstaltungen zu unterteilen und diese thematisch und zeitlich abgerundet zu vermitteln. Diese modulare Struktur mit einführenden, weiterführenden und vertiefenden Veranstal-

tungen ist vor allem deshalb für das interdisziplinäre Forschungsfeld „Gender Studies und Naturwissenschaften“ vorteilhaft, da die Teilnehmenden aus einer Vielzahl von Studienfächern stammen und entsprechend unterschiedliches Vorwissen in die Veranstaltungen einbringen. Den sogenannten Mikromodulen (Lehrveranstaltungen) sollen zu einem späteren Zeitpunkt Kreditpunkte (Credit Points) zugeordnet werden. Zurzeit wird jedoch am Fachbereich Erziehungswissenschaft noch eine Unterteilung in Semesterwochenstunden vorgenommen, wobei das Curriculummodul „Gender Studies und Naturwissenschaften“ 8 SWS umfasst.

Das Modul „Gender Studies und Naturwissenschaften“ setzt sich zusammen aus Basismodulen, Aufbaumodulen und Praxismodulen, welche jeweils aufeinander Bezug nehmen. Die Studierenden belegen zunächst ein einführendes Basismodul. Sie haben die Wahl zwischen zwei Veranstaltungstypen. Das Seminar „Gender Studies und Naturwissenschaften I“ thematisiert eine Systematik für den Zusammenhang von Naturwissenschaften und Geschlechterverhältnissen und führt mit der Analyse der Situation von Frauen in Naturwissenschaften in diese Systematik ein. Die Veranstaltung „Gender Studies und Naturwissenschaften II“ thematisiert schwerpunktmäßig die Kategorie Geschlecht als biologisch und gesellschaftlich konstituierte Größe. Hier erfolgt der Einstieg über die Erörterung ethischer Fragen in den Naturwissenschaften. Im Anschluss daran wählen sie ein Aufbaumodul, um ausgewählte Aspekte des Forschungsfeldes zu vertiefen. Auf der Ebene der Aufbaumodule sind drei Bereiche als für die Zielgruppe besonders relevant

herausgearbeitet worden, welche vertiefend eher wissenschaftshistorische, wissenschaftstheoretische oder sozialisationstheoretische Fragestellungen thematisieren. Diese Bereiche erhielten die Bezeichnungen „Naturwissenschaftliche Kontroversen“, „Naturwissenschaftliches Wissen“ und „Sozialisation in den Naturwissenschaften“. Die Reflexion naturwissenschaftlicher Praxis erfolgt in einem Praxismodul, welches im Vergleich zu den vorangegangenen Mikromodulen arbeitsintensiver ist und daher zunächst mit 4 SWS veranschlagt wird. Es kann sowohl von Studierenden der Erziehungswissenschaft als Seminar mit Praxisbezug als auch von Studierenden der Gender Studies als Projektseminar im Bereich Technoscience gewählt werden und besitzt für beide Gruppen Prüfungsrelevanz. Im Sommersemester 2004 wurde erstmals ein Praxisseminar zum Thema „Naturwissenschaftliche Experimente reflektieren“ durchgeführt. Je nach Wunsch können die Studierenden entweder ihre Kenntnisse in einem Praxismodul mit eigenständigem Forschungsanteil anwenden oder eine eher theoretische Ausrichtung des Stoffgebietes mit weiteren Aufbaumodulen wählen. Diese vertikalen (Anzahl der Ebenen) und horizontalen (Anzahl der Kurse einer Ebene) Wahlmöglichkeiten erhöhen die Flexibilität des Moduls in Hinblick auf die Einbindung in unterschiedliche Studiengänge und Studienrichtungen. Dies muss nun in Absprache mit der durch die Umstrukturierung der Hochschule neu gegründeten Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften mit den einzelnen Departments für die jeweiligen Studiengänge erreicht werden. Denn damit sich mehr Studierende als bisher unter einer interdisziplinären und reflektierenden Fragestellung mit technologischen Entwicklungen und naturwissenschaftlichem Wissen auseinandersetzen, sollte das Curriculummodul „Gender Studies und Naturwissenschaften“ bei dem anstehenden Studienreformprozess in möglichst vielen Bachelor- und Masterstudiengängen Berücksichtigung finden.

Die Durchführung der Lehrveranstaltungen und die Auswertung der von den Seminarteilnehmenden ausgefüllten Evaluationsfragebogen hat gezeigt, dass das Forschungsfeld Gender & Science Studies nicht als »Frauenfrage« abqualifiziert, sondern von allen Geschlechtern als interessant eingestuft wurde.

Gleichzeitig werden unsere Seminare häufig von Studierenden besucht, die ein generelles, eher unbestimmtes Bedürfnis einer kritischen Auseinandersetzung mit ihren naturwissenschaftlichen Disziplinen an uns herantragen und sich bislang nicht mit der Genderperspektive beschäftigt haben. Teilweise entdecken Studierende diese nach anfänglicher Skepsis für sich. Andererseits behalten einige Studierende ihre ablehnende Haltung gegenüber feministischen Inhalten bei, was die Spannungen unter der ohnehin sehr heterogenen Zusammensetzung von SeminarteilnehmerInnen potenziell erhöht und hohe Anforderungen an die didaktische Ausgestaltung der Lehrveranstaltungen stellt.

Studierende, die feministischen und Gender-Perspektiven skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen, sind häufig der Meinung, das Thema habe nichts mit ihnen zu tun. Oder sie vertreten die Ansicht, dass solche Themen nichts in der Lehre zu suchen hätten, weil sie gegen das Gebot einer objektiven, wertneutralen Wissenschaft verstoßen und unzulässig politische oder ethische Aspekte einbringen würden. Dem Vorurteil, dass Geschlecht in ihrem Leben keine Rolle spiele, kann teilweise mit Recherche-Aufträgen oder entsprechender Literatur (z.B. zur Situation von Frauen in den Naturwissenschaften) oder dem Einbezug eigener Erfahrungen der Studierenden (z.B. als einzige Studentin im Physikhörsaal) begegnet werden.

Die Kritik der Annahme, die Naturwissenschaften seien ein wertneutrales Unterfangen, ist bereits inhaltlicher Bestandteil unserer Seminare. Aus dieser wesentlichen Erkenntnis der Wissenschaftsforschung und insbesondere der Gender & Science Studies muss daher konsequenterweise ein alternativer Umgang mit naturwissenschaftlichem Wissen im Seminaralltag resultieren. Lehrende und Studierende sollten bei ihren alltäglichen Interaktionen im Seminar immer wieder daran erinnert werden, die Ergebnisse naturwissenschaftlicher Forschung kritisch zu hinterfragen und möglichst alternative Konzepte von Objektivität anzuwenden. Dieser Transfer theoretischer Erkenntnisse auf die Interaktion im Seminar selbst wird jedoch häufig nicht geleistet und gerade naturwissenschaftliches Wissen wird immer wieder als von gesellschaftlichen Faktoren unabhängig wahrgenommen und dargestellt. Hierbei handelt es

sich unserer Meinung nach um eine jahrelang ansozialisierte Sichtweise, die Naturwissenschaften als »objektiv« anzusehen. Diese aufzubrechen bedarf einer tiefergehenden Reflexion, die in der Regel nicht in einem Semester zu leisten ist und zugleich eine grundsätzliche Offenheit voraussetzt, eigene Denkstrukturen zu hinterfragen. Eine vorrangige Aufgabe für die Lehrenden ist es daher, eine Situation zu fördern, in der die Studierenden ihr unterschiedliches Vorwissen konstruktiv miteinander in den Dialog bringen können, um gegenseitig voneinander zu lernen.

Die Entwicklung eines Moduls zum historischen Zeitpunkt des Bologna-Prozesses ist eine strategische Entscheidung. Daher muss das Modul nicht nur Sachkriterien, sondern auch hochschulpolitischen Kriterien gerecht werden. Die Umstrukturierung in Bachelor- und Master-Studiengänge ist auf der einen Seite eine einmalige Chance, Gender & Science Studies-Inhalte in reformierte Studiengänge hineinzubringen. Auf der anderen Seite birgt sie die Gefahr, bereits Erreichtes wieder zu verlieren und unfreiwillig Akzeptanz für den Bologna-Prozess zu schaffen, obwohl die damit einhergehenden Veränderungen teilweise sehr kritisch bewertet werden müssen. Denn es steht zu befürchten, dass die Umstellung auf das Bachelor/Master-System zu diesem historischen Zeitpunkt wissenschaftskritischen Unterfangen wie den Gender & Science Studies eher neue Steine in den Weg legt. Umso dringender ist es, den Hochschulreformprozess gerade in Hinblick auf die Erweiterung des Wissenschaftsverständnisses und Curriculums der Naturwissenschaften mitzugestalten.

Literatur zum Weiterlesen:

- Bauer, Robin, Helene Götschel: Neue Inhalte für die Naturwissenschaften. Degendering Science: Curriculum in Hamburg. In: Forum Wissenschaft 22(2005), Heft 2, S. 58-61
- Götschel, Helene: Physik und Gender Studies - Wie passt das zusammen? In: Cosima Schuster (Hg): Physikerinnen stellen sich vor. Tagungsband der Deutschen Physikerinnentagung. Augsburg: Schriften zur Mathematik, Physik und Informatik, Band 3, 2003, S. 126-130
- Götschel, Helene: Physik und Gender Studies - Zwei Welten begegnen sich im Projekt "Degendering Science". In: standard:abweichung. Dokumentation 29. Kongress von Frauen in Naturwissenschaft und Technik. Kirchlinteln 2004, S. 271-275
- Götschel, Helene, Robin Bauer: Curriculummodul "Gender Studies und Naturwissenschaften" - attraktive und zeitgemäße Beschäftigung mit technischen und naturwissenschaftlichen Fragen. In: eWi Report – Nachrichten und Kommentare aus dem Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg, Nr. 29 (Sommersemester 2004), S. 33ff
- <URL: <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/ewi-Report/EWI29/start.html>> (30.06.05)

Gender Mainstreaming in der Stadtplanung

von Karin Diegelfrau

1. GENDER MAINSTREAMING – POLITISCHER HINTERGRUND

Gender Mainstreaming zielt auf Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern nicht allein de jure, sondern insbesondere de facto. Es verpflichtet Regierungen sowie andere Entscheidungsträger (z.B. in Verbänden, Parteien, Gewerkschaften etc.), die Geschlechterperspektive von Anfang an in alle politischen Konzepte und Programme einzubeziehen und vor Entscheidungen die Folgen für Frauen und Männer sowie für die Geschlechterverhältnisse zu analysieren und unter der Zielsetzung Chancengleichheit (verschiedene Alternativen) zu prüfen. Gender Mainstreaming bezeichnet den Prozess, die auf Frauen und Männer, Mädchen und Jungen bezogene Geschlechterperspektive in die Gesamtpolitik aufzunehmen.

Gender Mainstreaming wurde erstmals auf der 3. Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi als politische Strategie zur Umsetzung von Chancengleichheit zur Diskussion gestellt und entfaltete insbesondere bei der 4. Welt-

frauenkonferenz 1995 in Peking breite öffentliche Wirksamkeit.

So wurde es auch von der Europäischen Union aufgegriffen, die bereits 1996 die Mitteilung „Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politischen Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft“ veröffentlichte (vgl. Europäische Union 1996). Politische und zunehmend rechtliche Verbindlichkeit erhielt Gender Mainstreaming durch seine Aufnahme in den EG-Vertrag von 1999, den Amsterdamer Vertrag:

„Mit In-Kraft-Treten des Amsterdamer Vertrages 1999 (EG-Vertrag) wird der Gender Mainstreaming-Ansatz zum ersten Mal in rechtlich verbindlicher Form festgeschrieben. Art. 2 und Art. 3 des EG-Vertrages verpflichten die Mitgliedstaaten zu einer aktiven Gleichstellungspolitik im Sinne des Gender Mainstreaming“ (BMFSFJ 2002: 22).

Daraufhin hat auch das Bundeskabinett die Chancengleichheit von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip anerkannt und beschlossen, diese mit dem Konzept Gender

Mainstreaming zu fördern. Verbindlich wurde Gender Mainstreaming in der Gemeinsamen Geschäftsordnung im Jahr 2001 verankert.

2. GENDER MAINSTREAMING IN DER STADT- UND REGIONALPLANUNG

Die Nutzung sowohl öffentlicher als auch privater Räume geschieht bei Frauen und Männern auf unterschiedliche Weise, wobei die jeweilige geschlechtsspezifische Ausprägung aufgrund von kulturellen Rollenverständnissen und auch gesellschaftlichen Zwängen geschieht (Färber et al. 2002, S. 2). Diesen Zwang- und Machtverhältnissen unterliegen dabei vor allem Frauen, deren Raumergreifung und –besetzung dadurch eingeschränkt wird, wie ihre Stellung in anderen gesellschaftlichen Bereichen durch Machtverhältnisse festgelegt wird.

"Macht haben und Raum haben sind zwei Komponenten, die in der Regel in engem Zusammenhang miteinander stehen." (Spitthöver 1990, S. 81)

Den Städten in ihrer heutigen Gestalt liegt aber nicht die Geschlechterdemokratie als Maxime sondern vielmehr "das gesellschaftliche Leitbild geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung zugrunde: Frauen wurde dabei die Verantwortung für Haushalt und Kinder zugeschrieben." (Spitzer 2003, S. II-15).

Hinter der ökonomischen Grundlage der Erwerbstätigkeit oder Hausarbeit steht nämlich als weiterer Einflussfaktor "die Zuweisung des Privaten als Sphäre der Frau und die damit einhergehende Verhinderung der Aneignung städtischer Öffentlichkeit durch die Frauen." (Köhler 1990, S. 71)

Die Produktivität einer Vielzahl von Frauen, die Familienarbeit leisten, wird so der Privatsphäre zugeschlagen, aus den Statistiken herausgerechnet und dementsprechend auch bei den Planungen nicht wahrgenommen.

"Die Dichotomie von Öffentlichkeit und Privatheit beschreibt mehr als nur das Grundprinzip des Städtischen, sie hilft vor allem die Geschlechterverhältnisse zu stabilisieren." (Köhler 1990, S. 70)

Auch sexuelle Belästigung wird dem Privaten, persönlich Erhaltenen zugerechnet, aber nicht zu den Phänomenen, denen es durch politische und planerische Entscheidungen entgegenzutreten gilt (Spitzner 2001, S. 64). Deshalb "gilt nach wie vor, daß der allgemeine

öffentliche städtische Raum kein Raum ist, den Frauen selbstverständlich Tag und Nacht in Anspruch nehmen können." (Terlinden 1990, S. 48f) Es ist vielmehr so, "daß von gleichen Chancen beim Aufenthalt im öffentlich-städtischen Freiraum für Frauen nicht die Rede sein kann." (Spitthöver 1990, S. 82).

Zeichnung aus
Koryphäe Mann breitbeinig

Die Ausgrenzung der Frauen aus dem öffentlichen Raum geschieht dabei keineswegs allein durch ideologische Zuschreibung sondern vielmehr auch durch manifeste Ausübung von Gewalt und Drohung mit dieser.

Meike Spitzner fasst die Ergebnisse feministischer Raumplanungsforschung in fünf Kernpunkten zusammen, wobei sie in dem ersten dieser Punkte die geschlechtsspezifischen Unterschiede des täglichen Lebens hervorhebt:

"Ausgangs- und Orientierungsperspektive der räumlichen und Stadtplanung sollte der Lebensalltag der von der Planung Betroffenen sein; dabei ist zu beachten, dass Männer eine andere Lebensrealität und einen anderen Lebensalltag haben als Frauen." (Spitzner 2003, S. II-4)

In den letzten Jahren sind Gender Mainstreaming-Konzepte in der Stadt- und Raumplanung als Zielsetzungskataloge und Maßnahmenbündel in vielfältigen Bereichen und auch auf allen Planungsebenen bis ins Detail formuliert worden. Diese Konzeptionen fließen aber noch immer nicht als selbstverständliche Qualitätsstandards in jede Planung ein.

Seit der mit dem 20. Juli 2004 in Kraft getretenen Baurechtsnovelle ist Chancengleichheit nun auch als zentrales Kriterium im Baugesetzbuch festgeschrieben, wo es im § 1, Abs. 6 Nr. 3 nun u.a. heißt:

"Bei der Aufstellung der Bebauungspläne sind insbesondere zu berücksichtigen: ... 3. die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere die Bedürfnisse der Familien, der jungen, alten und behinderten Menschen, unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer sowie die Belange des Bildungswesens und von Sport, Freizeit und Erholung" (Europarechtsanpassungsgesetz Bau 2004 §1 Abs. 6)

Im Rahmen der Vereinten Nationen wird Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklungspolitik insbesondere durch Habitat betrieben, welches mit allen relevanten Organi-

sationen, wie z.B. dem internationalen Dachverband der Netzwerke für Frauen und Stadtentwicklung eng vernetzt ist. Die Vereinten Nationen bauen dabei "vor allem auf Signalwirkungen für wichtige, in der Weltgesell-

schaft konsensfähige Grundrechte und Werte." (Färber et al. 2002, S. 3). Es wurde so beispielsweise eine Europäische Charta für Frauen in der Stadt entwickelt.

Als wichtigstes Ergebnis der Forschung nach frauengerechter Stadtplanung lässt sich "eine stärkere Einbeziehung der Verknüpfung von Erwerbsarbeit, informeller Arbeit, Hausarbeit und Kinderbetreuung bei der Planung" (Baumgart 1999, S. 25) festhalten, d.h. einen Abbau der monofunktional genutzten Flächen und eine verstärkte Nutzungsmischung (Heikenfeld 1995, S. 62f) sowie die Erreichung der Bewegungsfreiheit und der ungehinderten Zugang zu alltagsrelevanten Orten unabhängig vom Besitz eines Autos (Spitzner 1995, S. 29).

Gabriele Kotzke benennt beispielhaft ihr Verständnis von Gender Mainstreaming in der Stadtplanung:

"GM in der Planung bedeutet für mich, die Vielfalt der Lebensstile, der Ethnien, der sexuellen Orientierung als Bestandteile der Gesellschaft zu sehen und aktiv für eine solche diversifizierte komplexe Gesellschaft zu planen." (Kotzke 2004)

3. MODELLVORHABEN IN DEUTSCHLAND

Seit Anfang 2004 versucht, innerhalb des Rahmens des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt, www.exwost.de), das Forschungsfeld 'GM im Städtebau', übertragbare Verfahren zu entwickeln, damit die Kommunen GM auch in der Planung umsetzen können. (Bauer 2004, S. 11)

Im Rahmen des ExWoSt-Forschungsfeldes Gender Mainstreaming im Städtebau werden zwei Modellprojekte durchgeführt.

In Dessau, wo das Projekt an das Deutsche Institut für Urbanistik (www.difu.de) vergeben wurde, wird GM in die aktuellen Aufgaben und Planungen des Stadtumbaus einbezogen. Ziel ist es dabei, sowohl die Beteiligungsprozesse als auch konkrete städtebau-

liche und freiraumplanerische Vorhaben in Hinsicht auf GM zu qualifizieren.

In Pulheim wird bei der Umgestaltung des im zentrumsnahen Bereich gelegenen Stadtgartens nach GM-Aspekten geplant, um den Nutzwert der Fläche neu zu strukturieren und letztlich einen höheren Gebrauchswert für alle NutzerInnengruppen zu erreichen. "Einen Schwerpunkt in beiden Modellstädten bildet die Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung." (BBR 2003) Bezüglich GM ist eines der Forschungsziele die Erarbeitung von übertragbaren Verfahrensschritten zur systematischen Steuerung von Genderaspekten in der planenden, kommunalen Verwaltung sowie die

Erarbeitung eines ersten Ziel- und Indikatorensets zum Themenfeld GM im Städtebau.

Am Programm der Europäischen Union "URBAN II" beteiligten sich zwölf deutsche Städte. Hierbei wurde bei einer vertieften Betrachtung der teilnehmenden Kommunen Bremerhaven und Leipzig deutlich, dass die Umsetzung von Gender Mainstreaming im

Bereich Städtebau weit schwieriger erscheint als in den eher auf Personen bezogenen Bereichen Wirtschaft oder Soziales. Dort werden Frauen gefördert, während der Städtebau immer noch oft als geschlechtsneutral angesehen wird (Bauer 2004, S. 12)

Literatur

- Bauer, Ute et al. (2004): Der steinige Weg in die Praxis. Neues Modellvorhaben GM im Städtebau. In: PlanerIn Heft 3/2004. S. 11-13.
- Baumgart, Sabine (1999): Frauengerechte Stadtplanung. Und hat nach einem schönen Plan, anstatt zu gehen, getanzt. In: Huwer, Ulrike / Leopold, Cornelia / Potucek, Gina (Hrsg.): 7 x Hausarbeit. Dokumentation einer Vortragsreihe im Sommersemester 1998 an der Universität Kaiserslautern. Kaiserslautern 1999. S. 23-37.
- Färber, Christine / Spitzner, Meike / Geppert, Jochen / Römer, Susanne Gender Mainstreaming und Städtebaupolitik. Bonn 2002.
- Grüger, Christine (2001): Frauen haben den Plan. Nachhaltige Raumentwicklung und Gender Planning. In: Politische Ökologie Nr. 70/2001. S. 60-62.
- Grüger, Christine (2000): Nachhaltige Raumentwicklung und Gender Planning. Das Beispiel der Regionalplanung beim Verband Region Stuttgart. <Diss. 1999 Univ. Dortmund> Dortmund-der Beiträge zur Raumplanung 104. Dortmund 2000.
- Heikenfeld, Mechthild (1995): Sind Leitbilder nützlich für die Diskussion um frauengerechte Stadtentwicklung? In: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Frauen verändern ihre Stadt. Arbeitshilfe 2: Verkehrsplanung Reihe L DST-Beiträge zur Frauenpolitik Heft 4. Köln 1995. S. 55-66.
- Hübner, H. / Langrock, B. (1994): Sportstättenentwicklungsplanung in den bundesdeutschen Kommunen - alte Bundesländer. In: Jütting, D. / Lichtenauer, P. (Hrsg.): Bewegungskultur in der modernen Stadt: Bericht über die 1. Münsteraner Sommeruniversität. Münster. S. 231-245.
- Köhler, Gabriele (1990): Städtische Öffentlichkeit und Stadtkultur. In: Dörhöfer, Kerstin (Hrsg.): Stadt-Land-Frau. Soziologische Analysen, feministische Planungsansätze. Forum Frauenforschung Bd. 4. Schriftenreihe der Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Freiburg i.Br. 1990. S. 67-79.
- Kotzke, Gabriele (2004): Der andere Blick – Gender Mainstreaming in der Planung Zusammenfassung am Ende der Tagung. <http://srl.de/termine/jt2004-11-05/gabriele-kotzke.pdf>
- Spitthöver, Maria (1990): Frauen und Freiraum. In: Dörhöfer, Kerstin (Hrsg.): Stadt-Land-Frau. Soziologische Analysen, feministische Planungsansätze. Forum Frauenforschung Bd. 4. Schriftenreihe der Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Freiburg i.Br. 1990. S. 81-103.
- Spitzner, Meike (1995): Ökologische Zukunft für Geschlechtergerechtigkeit und Stadtentwicklung. In: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Frauen verändern ihre Stadt. Arbeitshilfe 2: Verkehrsplanung Reihe L DST-Beiträge zur Frauenpolitik Heft 4. Köln 1995. S. 21-31.
- Spitzner, Meike (2001): Zukünfte gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Politische Ökologie Nr. 70/2001. S. 63-65.
- Spitzner, Meike (2003): Entwicklung der Städte und der gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse Überblick. über den Stand der Erkenntnisse und der Debatte um Gender und städtische Raumplanung in Forschung und Praxis der Bemühungen um Integration. Gender Mainstreaming und Städtebaupolitik – Internet-Fassung der Expertise im Auftrag des BBR. http://www.bbr.bund.de/exwost/pdf-files/gm_1.pdf

- Terlinden, Ulla (1990): Kritik der Stadtsoziologie – Zur Raumrelevanz der Hauswirtschaft. In: Dörhöfer, Kerstin (Hrsg.): Stadt-Land-Frau. Soziologische Analysen, feministische Planungsansätze. Forum Frauenforschung Bd. 4. Schriftenreihe der Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Freiburg i.Br. 1990. S. 31-65.
- Wotha, Brigitte (2000): Gender Planning und Verwaltungshandeln: Umsetzung von Genderbelangen in räumliche Planung unter Berücksichtigung von Verwaltungsmodernisierung und neuerer Tendenzen im Planungsbereich, Geographisches Institut der Universität Kiel, Kieler Arbeitspapiere zur Landeskunde und Raumordnung, Heft 42/2000.
- Zibell, Barbara (2004): Vom Blick zur Tat. Gender Mainstreaming auf den Weg bringen. o. O. 2004. <http://srl.de/termine/jt2004-11-05/zibell-vom-blick-zur-tat.pdf>
- Zibell, Barbara / Schröder, Anke (2002): Auf den zweiten Blick. Städtebauliche Frauenprojekte im Vergleich. Hannover 2002.

Foto Frau an Drehmaschine, S. 28 „Frauen Bilder“

Frauenförderung erstmals vom Rechnungshof geprüft – und gelobt

Der Landesrechnungshof Baden-Württemberg prüfte die Frauenförderung an Fachhochschulen im Land, die diverse Maßnahmen mit überregionaler Ausrichtung und Wirkung umfasst.

Das positive Ergebnis hat exemplarischen Charakter und stärkt die Frauenförderung bundesweit. Vor allem erhöht es die Chance, dass bewährte Maßnahmen an Hochschulen weiterhin aus öffentlichen Mitteln finanziert werden – obwohl das maßgebliche Bund-Länder-Sonderprogramm im Jahr 2006 ausläuft und die Kassen leer sind.

Einzelheiten in der Denkschrift des Rechnungshofes. <http://www.rechnungshof.baden-wuerttemberg.de>

Blinde Flecken bei der Beurteilung von Umweltbelastungen: Gesundheitsrisiken durch Chemikalien und Lärm aus Genderperspektive

VON Kathrin Buchholz

Hintergrund: Gender Mainstreaming in Umweltschutz und –politik und die Debatte zu Nachhaltigkeit und Gender

Die Bedeutung der Geschlechterverhältnisse im Umweltbereich wird von Feministinnen seit über 20 Jahren thematisiert; mit der Agenda 21, dem Abschlussdokument der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung besteht zudem auf internationaler Ebene der politische Auftrag, die strukturellen Zusammenhänge zwischen Geschlechterbeziehungen, Umwelt und Entwicklung zu untersuchen sowie bei der Entwicklung von Maßnahmen und Konzepten im Umweltbereich die Interessen und Sichtweisen von Frauen gezielt zu berücksichtigen (ausführlich dazu Buchholz 2004a).

Einzelne Wissenschaftlerinnen, Institute und Nichtregierungsorganisationen sowie das aus dem Bildungsträger Life e.V. hervorgegangene FrauenUmweltNetz (heute Leitstelle Gender und Nachhaltigkeit – genannt) haben kontinuierlich darauf gedrungen, Gender & Environment auf die politische Tagesordnung zu setzen und die dazu notwendigen Forschungsaktivitäten zu ermöglichen. Dennoch werden Genderaspekte in Umweltschutz, -forschung und -politik erst seit ein paar Jahren von der rot-grünen Bundesregierung aufgegriffen (Altmann 2001). Das Bemühen um eine genderorientierte Umweltpolitik erhielt dabei – neben dem oben genannten Engagement – wesentliche Impulse durch die Gender Mainstreaming-Strategie der EU und ihre Integration in die Geschäftsordnung der Bundesministerien.

Das Gender Mainstreaming-Konzept ist auf Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern ausgerichtet. Es zielt auf die „systematische Einbeziehung der jeweiligen Situation, der Prioritäten und der Bedürfnisse von Frauen und Männern in allen Politikfeldern, wobei mit Blick auf die Förderung der Gleichstellung von Frauen

und Männern sämtliche allgemeinen politischen Konzepte und Maßnahmen an diesem Ziel ausgerichtet werden und bereits in der Planungsphase wie auch bei der Durchführung, Begleitung und Bewertung der betreffenden Maßnahmen deren Auswirkungen auf Frauen und Männer berücksichtigt werden“ (Mitteilung der Kommission KOM(96) 67, endgültige Fassung vom 21.02.96, zitiert nach Dunst 2000: 2).

Mit der Anwendung des Gender Mainstreaming-Prinzips im Umweltbereich kommen so Unterschiede in Bezug auf die Betroffenheit von Umweltproblemen oder die Auswirkungen von umweltpolitischen Maßnahmen in den Blick. Durch die Gender-Perspektive werden geschlechtsspezifische aber auch andere soziale Differenzen bei vermeintlich neutralen Maßnahmen sichtbar. In diesem Zusammenhang wird auch von einer eye-opener-Funktion der Gender-Perspektive gesprochen.

Die Fokussierung auf Chancengleichheit und statistisch feststellbare Unterschiede zwischen Frauen und Männern berücksichtigt jedoch nur einen Teil der Gender-Aspekte im Umweltbereich. Arbeiten zur feministischen Naturwissenschaftskritik, feministischen Ökonomiekritik und genderorientierten Nachhaltigkeitsforschung verweisen auf die Relevanz der Wahrnehmung und Bewertung von sowie des Umgangs mit gesellschaftlichen Bereichen und Sphären, die bei der Herausbildung der neuzeitlichen (Natur)Wissenschaften und der modernen Marktökonomie geschlechtlich zugewiesen und zugeteilt wurden (z.B. Scheich 1993, Biesecker et al. 2000, Weller 2004). Von zentraler Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Verhältnisse von Natur und Kultur, von Reproduktion und Produktion und ihre Verknüpfung mit dem

Verhältnis von kultureller Weiblichkeit und kultureller Männlichkeit. Die verschiedenen Sphären werden mit kultureller Männlichkeit bzw. Weiblichkeit verbunden und je nach geschlechtlicher Codierung gesellschaftlich auf- oder abgewertet. So werden beispielsweise Belange der Erwerbsarbeit gesellschaftlich und politisch wesentlich höher bewertet und bei Entscheidungsprozessen stärker berücksichtigt als Anforderungen, die sich in Zusammenhang mit unbezahlter Haus- und Familienarbeit ergeben. Die ungleiche gesellschaftliche Bewertung und Wahrnehmung von Produktion und Reproduktion beeinflusst, wie die Gesellschaft mit Umweltfragen umgeht: z.B. wie Umweltprobleme politisch reguliert werden, wie Umweltbelastungen bewertet werden. In Form von unhinterfragten Annahmen sind auch in die Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung Geschlechterverhältnisse eingeschrieben (ausführlich dazu Weller 2004).

Neben statistisch feststellbaren Unterschieden zwischen den Geschlechtern (explizite Gender-Aspekte) sind daher bei der Analyse auch die mit gesellschaftlichen Bewertungsprozessen verbundenen impliziten Gender-Aspekte zu berücksichtigen.¹ Im Folgenden werde ich ausschnittsweise einige Gender-Aspekte von Lärmbelastungen und Chemikalienpolitik darstellen, die die Eye-opener-Funktion von Gender und die Bedeutung impliziter Gender-Aspekte veranschaulichen. Diese basieren auf Sondierungsstudien zur Genderrelevanz von Chemikaliensicherheit und Chemikalienpolitik (Buchholz 2004b) und zu Genderaspekten im Immissionschutz (Buchholz 2005), die ich in Zusammenhang mit Aktivitäten zum Gender Mainstreaming im Umweltbereich erstellt habe.

SOZIALE UND GESCHLECHTSSPEZIFISCHE DIFFERENZEN IN DER BETROFFENHEIT VON LÄRMBELASTUNGEN UND LÄRMWIRKUNGEN

Lärmbelastungen sind lokal begrenzt, sie betreffen in der Regel diejenigen, die sich in unmittelbarer Nachbarschaft zur Lärmquelle aufhalten bzw. dort wohnen. Lärm ist eine Einflussgröße auf dem Wohnungsmarkt, da Ruhe als ein wichtiges Qualitätsmerkmal einer Wohngegend bzw. einer Wohnanlage angesehen wird. Daraus ergibt sich eine sozial ungleiche Verteilung von Lärmbelastungen: Zahlungsschwache und/oder anders benachteiligte Bevölkerungsgruppen leben häufiger in verlärmten und daher preisgünstigeren Wohnlagen. Diese soziale Ungleichverteilung von Lärmbelastungen wird vereinzelt auch in der Literatur zu Lärmbelastungen und Lärmwirkungen thematisiert (Arend 1998, vcd 2003), sie stellt jedoch keinen Bezugspunkt für die Beurteilung von Lärmbelastungen und Lärmwirkungen dar.

Foto LKWs

¹ Eine ausführliche Erläuterung der Unterscheidung von expliziten und impliziten Gender-Aspekten findet sich in der Analyse der Nachhaltigkeitsforschung von Ines Weller (2004).

Da Einkommen und Lebensverhältnisse zum Teil entlang des Geschlechterverhältnisses differenziert sind², verweisen die sozialen Aspekte von Lärmbelastungen auf die Gender-Relevanz des Themenbereichs Lärm. So stellen beispielsweise allein Erziehende (und das sind mehrheitlich allein erziehende Mütter) eine der Bevölkerungsgruppen dar, die besonders häufig an Wohnlagen mit starkem Verkehrslärm wohnen, da sie oft in Krisensituationen schnell eine billige Mehrzimmerwohnung brauchen und zudem besonders stark auf schnelle Verkehrsverbindungen und gute Erreichbarkeit ihrer Aktivitäts- und Kontaktorte angewiesen sind (Arend 1998).

SChlafbild aus Bett-Buch

Das Zusammenwirken und die gegenseitige Verstärkung der sozialen und gesundheitlichen Aspekte von Lärmbelastungen kann anhand des folgenden Szenarios veranschaulicht werden: Eine allein erziehende Mutter lebt mit ihren zwei Kindern (ein Schulkind und ein Kindergartenkind) an einer Hauptverkehrsstraße. Ihre Lebenssituation ist, da sie alleine Berufstätigkeit und Kinderbetreuung koordinieren muss, durch einen permanenten Zeitstress gekennzeichnet. Da die allein erziehende Mutter lediglich in Teilzeit berufstätig sein kann, stellt das knappe Budget zum Lebensunterhalt einen weiteren permanenten Stressfaktor für sie dar. Die dauernde Lärmbelastung am Wohnort schränkt die Erholungsmöglichkeiten in der Wohnung und im Wohnumfeld erheblich ein, insbesondere durch die verminderte Qualität des Nachtschlafs. Hinzu kommt, dass die Bewältigung der Lärmbelastung zusätzliche Anstrengungen im Alltag mit sich bringt. So erfordert die Betreuung der Hausaufgaben

SChlafbild aus Bett-Buch

ihres schulpflichtigen Kindes einen erhöhten Aufwand, da sich die permanente Lärmbelastung negativ auf die Konzentrationsfähigkeit des Kindes auswirkt.

Der permanente Lärm erschwert zudem die Betreuung des kleineren Kindes, da es insbesondere auf der Straße oder bei geöffnetem Fenster durch den Lärm erforderlich ist entweder beim Sprechen maximal einen Meter vom Kind entfernt zu sein, was in kinderbetreuungstypischen Situationen eher selten ist, oder mit sehr lauter Stimme zu sprechen bzw. zu schreien. Auf sozialer Ebene beeinträchtigen diese permanente Anspannung und die eingeschränkte Regenerationsmöglichkeit ihre berufliche Leistungsfähigkeit und damit ihre ohnehin schon eingeschränkten Aufstiegsmöglichkeiten. Durch die Kommunikationsstörungen und den erhöhten Aufwand mit Schulaufgaben belastet der Lärm zudem indirekt die Beziehung zu ihren Kindern. Nicht zuletzt stellt diese dauernde Überlastung langfristig ein Gesundheitsrisiko für die allein erziehende Mutter dar, bei der der Lärm den berühmten Tropfen darstellen kann, der das Fass zum Überlaufen bringt.

SChlafbild aus Bett-Buch

² So liegen die durchschnittlichen Einkommen von Frauen deutlich unter denen von Männern. Differenzierungen in Familientyp, Lebensformen und Erwerbskonstellationen im Haushalt bedingen allerdings, dass die soziale Position teilweise vom individuellen Einkommen abgekoppelt ist, d.h. anhand der geringeren Einkommen von Frauen kann nicht grundsätzlich auf schlechtere Lebensverhältnisse (im Sinne von Haushaltseinkommen im Verhältnis zu den Haushaltsmitgliedern) geschlossen werden. Hervorzuheben ist jedoch, dass gerade die Lebensverhältnisse von allein erziehenden Müttern und älteren Frauen besonders durch geringe Einkommensverhältnisse gekennzeichnet sind (vgl. Klenner 2002).

In der Lärmwirkungsforschung werden soziale Differenzierungen oder unterschiedliche Empfindlichkeiten gegenüber Lärm insgesamt jedoch wenig untersucht. Aussagen zu den Folgen chronischer Einwirkungen von Lärm und ihren gesundheitlichen Wirkungen werden anhand von epidemiologischen Studien gewonnen (Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen 2004). Bei diesen Studien werden in einem möglichst großen Sample aufgetretene ärztlich diagnostizierte Erkrankungen und die jeweilige chronische Lärmexposition statistisch miteinander in Beziehung gesetzt um sichtbar zu machen, ob und in welchem Ausmaß der Lärm zu einer Erhöhung des

Risikos bestimmter Krankheitsbilder beiträgt. Empirische Studien zu Lärmwirkungen fokussieren dabei in der Regel auf die Gesamtbevölkerung, andere Faktoren als der Lärm, die das Auftreten von Krankheiten ebenfalls beeinflussen, darunter auch das Geschlecht³, werden in der Form berücksichtigt, dass ihr Einfluss statistisch herausgerechnet wird, um zu auf die Allgemeinbevölkerung bezogenen Aussagen zu gelangen. Möglicherweise vorhandene Differenzen zwischen verschiedenen Personengruppen bzw. zwischen den Geschlechtern werden in den Studien meist nicht herausgearbeitet und sind entsprechend in den Ergebnisdarstellungen nicht zu erkennen.⁴

GESCHLECHTSBLINDE STANDARDS BEI DER BEURTEILUNG VON LÄRMWIRKUNGEN

Ein weiterer Bereich von Lärmwirkungen, in denen die Belange spezifischer Gruppen und Gender-Aspekte eine Rolle spielen, sind Kommunikationsstörungen durch Lärmbelastungen.

So bildet die für die Bewertung von Kommunikationsstörungen durch Störgeräusche in der Regel zu Grunde gelegte Standardsituation einer Kommunikation zwischen normalhörenden Erwachsenen in einem Meter Abstand viele Kommunikationssituationen und die Voraussetzungen der Beteiligten nicht adäquat ab. Beispielsweise ist der Abstand in der häufigen Situation zwischen einer haushaltstätigen Mutter und einem spielenden Kleinkind viel größer. Der Lärmwirkungsforscher Manfred Spreng (2004) unterscheidet daher zwischen der engen Kommunikation mit 1 m Abstand, der familiären Kommunikation mit 4 m Abstand und der schulischen Kommunikation mit 10 m Abstand. Bei weiteren Kommunikationsabständen kommt es bereits bei Störpegeln zu Kommunikationsstörungen, bei denen bei einer engen Kommunikation noch eine ausreichende Sprachverständlichkeit gegeben ist.

Darüber hinaus verweist Spreng darauf, dass für bestimmte Personengruppen bessere Signal/Störverhältnisse für eine ungestörte Kommunikation erforderlich sind als für normalhörende Erwachsene. So sind Säuglinge und Kleinstkinder in ihren Sensibilisierungs- und Anpassungsprozessen durch Lärm deutlich benachteiligt und benötigen ein ca. 6 dB günstigeres Signal/ Störgeräuschverhältnis als Erwachsene. Kleinkinder sind in der Spracherwerbsphase ebenfalls besonders sensibel gegenüber Lärmstörungen, da ihr Diskriminationsvermögen wesentlich schlechter ist als das von Erwachsenen. Auch Schulkinder zeigen bis zum Alter von etwa 13 Jahren eine gegenüber Erwachsenen verringerte Diskriminationsleistung. Darüber hinaus erfahren Schwerhörige – immerhin etwa 15 Millionen in der Bundesrepublik Deutschland – durch eine störgeräuschhaltige Umgebung eine nicht unerhebliche Erhöhung ihres Leidensdrucks. Bei Altersschwerhörigkeit muss darüber hinaus berücksichtigt werden, in welchem Frequenzbereich der Hörverlust typischerweise besonders stark ist (a.a.O.).

³ Andere Faktoren sind beispielsweise Lebensalter, Body Mass Index, sozio-ökonomischer Index, Partnerverlust in der Ehe, Alkoholkonsum, Tabakkonsum, Bewegung im Beruf, sportliche Aktivität, Lärmempfindlichkeit, Hörfähigkeit

⁴ Dr. Hildegard Niemann, interdisziplinärer Forschungsverbund Lärm und Gesundheit, persönliche Mitteilung am 24.2.2005

Die durch Lärm in ihrer Kommunikation besonders gestörten Personengruppen Kinder, ältere Menschen, Schwerhörige und Höreräteträger stellen einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung dar, im familiären Bereich ist die Kommunikation mit und zwischen diesen Personengruppen von großer Bedeutung. Die Standardsituation der Kommunikation zwischen normalhörenden Erwachsenen mag für Gesprächskonstellationen im Erwerbsbereich einigermaßen typisch sein, wesentliche Kommunikationssituationen

im Reproduktionsbereich werden dadurch jedoch nicht erfasst. Die für die Bewertung von Kommunikationsstörungen herangezogene Standardsituation ist vor diesem Hintergrund als gender-blind zu bewerten. Sie ist ein Beispiel für implizite Gender-Aspekte bei der Bewertung von Umweltbelastungen, da sich hierin die Geringschätzung und eingeschränkte Wahrnehmung von Belangen aus dem Reproduktionsbereich widerspiegelt.

CHEMIKALIEN IM ALLTAG UND DIE VERNACHLÄSSIGUNG PRIVATER HAUSHALTE BEI RISIKOABSCHÄTZUNGEN UND CHEMIEPOLITISCHEN REGELUNGEN

Eine ähnliche Schiefelage, die zur Nicht-Berücksichtigung von Belastungssituationen in privaten Haushalten führt, findet sich im Bereich der Chemikalienpolitik bzw. bei der Risikoabschätzung und Bewertung von gesundheitsschädlichen Chemikalien.

Der Schwerpunkt der chemiepolitischer Regelungen liegt auf dem gewerblichen Umgang mit Chemikalien und dem Erwerbsarbeitsbereich. Eine Vielzahl von Chemikalien landet jedoch vermittelt über Produkte und ihre Verwendung in den privaten Haushalten. Über die Risiken des Stoffeinsatzes in den Produkten für den privaten Gebrauch bestehen erhebliche Wissensdefizite. So bestehen gravierende Informationsdefizite über die in den Produkten enthaltenen Stoffe: Viele Produkte unterliegen keiner Deklarationspflicht (z.B. beim Chemikalieneinsatz bei der Textilproduktion), zum Teil müssen lediglich Stoffgruppen angegeben werden (z.B. Konservierungsstoffe in Reinigungsmitteln), so dass die verwendeten Einzelsubstanzen unbekannt bleiben. Inhaltsstoffdeklarationen sind zum Teil unvollständig (oft werden nur Wirkstoffgruppen angegeben), für Laien unverständlich und enthalten kaum Hinweise auf die möglichen Wirkungen der Inhaltsstoffe.

Ein Beispiel für die unzureichende Aufmerksamkeit für Schadstoffrisiken in privaten Haushalten sind die Folgen des Einsatzes von Flammschutzmitteln in Produkten.

Aus diesen können bei Bränden Dioxine entstehen. Während in Unternehmen oder öffentlichen Einrichtungen i.d.R. nach einem Brand die Dioxinbelastung gemessen wird, geschieht dies in Privathaushalten jedoch nicht (Weller 2004).

Foto Putzmittel

Hinzu kommt, dass über die Kontexte der Produktnutzung in den privaten Haushalten und die daraus resultierende Gesamtbelastungssituation der Haushaltsmitglieder wenig bekannt ist. Gesundheitliche Folgen sind jedoch bereits zu erkennen.

So wird beispielsweise die weite Verbreitung und Zunahme von Allergien mit der Chemikalienbelastung in den privaten Haushalten in Verbindung gebracht (Schnuch, Geier, Lessmann u. Uter 2004, Horn, Roskamp, Ullrich 2002, Herbarth 2003). Die Konsequenzen sind zum Teil erheblich. So kann eine im privaten Haushalt erworbene Allergiesensibilisierung (später) bei beruflichem Kontakt zu einer Erkrankung bis hin zur Berufsaufgabe führen. Steht die Sensibilisierung jedoch nicht nachweislich mit dem Beruf in Verbindung, ist die Berufsgenossenschaft von Entschädigungsleistungen (wie Rente oder Umschulungen) entbunden. Bemerkenswert ist, „dass die Verursacher einer privat erworbenen Allergie, nämlich die Hersteller allergener Produkte, nicht zu Entschädigungsleistungen herangezogen werden (wie dies bei Berufskrankheiten ohne weiteres geschieht). Somit haben wir es hier möglicherweise auch mit einer Facette gesellschaftlicher Lastenverteilung zu tun, bei der Gewinne privatisiert, Verluste aber sozialisiert werden.“ (Schnuch, Geier, Lessmann u. Uter 2004: 303)

Ein besonderes Problem des Gefahrstoffeintrages durch Produkte des alltäglichen Lebens ist, dass in der multifunktionellen Umgebung des privaten Haushaltes auch empfindliche Personengruppen mit den Stoffen in Berührung kommen. Die Folgen von daraus resultierenden Erkrankungen tragen neben den erkrankten Personen auch Frauen als diejenigen, die die Hauptlast der Pflege und Betreuung von Kranken in privaten Haushalten tragen. Ein beredtes Beispiel über die damit verbundenen Belastungen stellen Erfahrungsberichte von Eltern allergiekranker Kinder dar (Beaury 1999; Anonym 1999; Familie S. 2001). Aus den Behandlungserfordernissen des Kindes ergeben sich strikte Rahmenbedingungen für die Strukturierung des Tagesablaufes.

Die Eltern, in der Regel die Mütter, müssen ständig in Abrufbereitschaft sein, falls es zu einer akuten Verschlechterung des Gesundheitszustandes ihres Kindes kommt. Die Beschaffung von geeigneten Lebensmitteln, Textilien, Wasch- und Reinigungsmitteln etc. ist mit erheblichen zeitlichen und finanziellen Aufwendungen verbunden. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass die Möglichkeit, einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen, für Mütter von schwer allergiekranken Kindern erheblich eingeschränkt ist.

Die Informationsdefizite über und für private Haushalte würden auch durch die neue EU-Chemikalienverordnung zur Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien (REACH) nicht behoben, da der Gesetzesentwurf lediglich vorsieht, dass Daten zu den Einzelstoffen bei der geplanten Chemikalienagentur gesammelt werden, während Daten zur konkreten Zusammensetzung von Endprodukten weiterhin nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen und öffentlich einsehbar sein werden. Dies ist ein zentraler Kritikpunkt von Verbraucherschutzorganisationen am REACH-Entwurf (VZBV 2003), auch die auf dem FiNuT-Kongress 2005 verabschiedete Resolution fordert, eine bessere Information von VerbraucherInnen im Rahmen von REACH sowie die Einbeziehung der Nutzungskontexte in privaten Haushalten bei der Abschätzung der Exposition mit Chemikalien (FiNuT 2005).

Die Beispiele Lärmwirkungen und Chemikalienbelastungen zeigen die Genderrelevanz dieser Umweltbelastungen. Gleichzeitig veranschaulichen sie den erheblichen Forschungsbedarf im Bereich Gender & Environment, insbesondere da mit der Gender-Analyse bisher vernachlässigte, und damit in der Regel schlecht untersuchte Bereiche in den Blickpunkt rücken.

LITERATUR

- Buchholz, Kathrin (2004a): Frauen, Umwelt und Lokale Agenda 21. Voraussetzungen und Hemmnisse für die Integration von Gender-Aspekten in Lokale Agenda 21-Prozesse. Hoho-Verlag. Kirchlinteln.
- Altmann, Gila (2001): Gender & Environment und die Arbeit des BMU. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Gender & Environment in der praktischen Umweltpolitik. Werkstattgespräch der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Bundesumweltministerium am 21. September 2000 in Berlin. Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 10, Berlin 2001
- Dunst, Claudia (2000): Gender Mainstreaming und die frauenpolitische Praxis vor Ort. In: Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung: Reader zum Seminar „Gender Mainstreaming und die frauenpolitische Praxis in Berlin“ am 24. und 25.2.2000

- Scheich, Elvira (1993): Naturbeherrschung und Weiblichkeit. Denkformen und Phantasmen der modernen Naturwissenschaften. Pfaffenweiler 1993
- Biesecker, Adelheid; Mathes, Maite; Schön, Susanne; Scurell, Babette (Hrsg.) (2000): Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens. Bielefeld
- Weller, Ines (2004): Nachhaltigkeit und Gender: Neue Perspektiven für die Gestaltung und Nutzung von Produkten. München: ökom Verlag
- Buchholz, K. (2005): Genderaspekte im Bereich Immissionsschutz: Luftverschmutzung und Lärmbelastungen. Sondierung des Themenfeldes. GenaStudien 3. Herausgegeben von genanet – Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit & Nachhaltigkeit (www.genanet.de), Frankfurt a. M.
- Buchholz, K. (2004): Chemikalienpolitik und -sicherheit und Gender. In: Hayn, D., Schultz, I.: Wissenschaftliche Begleitung zur Einführung des Gender Mainstreaming in die Regelpraxis des BMU - Abschlussbericht - im Auftrag des BMU. Frankfurt am Main
- Arend, Michal (1998): Sozialfall Lärm. Vom Lärm sind wir alle betroffen, aber nicht alle gleich... In: Cerclebruit: Lärm. Luzern/ Basel (www.cerclebruit.ch)
- vcd – Verkehrsclub Deutschland (2003b): Ruhe Bitte. Bonn.
- Klenner, Christine (2002): Geschlechtergerechtigkeit in Deutschland? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 33-34/2002, S. 17-28
- Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (2004): Umweltgutachten 2004. Umweltpolitische Handlungsfähigkeit sichern. Veröffentlichung als Drucksache des Deutschen Bundestags 15/3600
- Spreng, Manfred (2004): Kommunikation. In: Fluglärm 2004. Stellungnahme des Interdisziplinären Arbeitskreises für Lärmwirkungsfragen beim Umweltbundesamt. Berlin. S. 52-65
- Schnuch, A.; Geier, J.; Lessmann, H.; Uter, W. (2004): Untersuchung zur Verbreitung umweltbedingter Kontaktallergien mit Schwerpunkt im privaten Bereich. WaBoLu-Hefte 01/04, Berlin
- Horn, Wolfgang; Roskamp, Elke; Ullrich, Detlef (2002): Biozidemissionen aus Dispersionsfarben. Zum Vorkommen von Isothiasolonen, Formaldehyd und weiteren innenraumrelevanten Verbindungen. WaBoLu-Hefte 2/02, Berlin
- Herbarth, Olf (2003): Was will und was kann die Umweltmedizin. In: Gaia 12 (2003) no. 3, S. 196-200
- Familie S (2001): Erfahrungsbericht. Fabian hat Neurodermitis und Asthma. In: Arbeitskreis Allergiekranke Kind (AAK) Informationsblatt 40, Juni 2001, S. 4-10
- Anonym (Verfasser der Redaktion bekannt) (1999): Akuter Alltag. Tagesablauf bei einem Kind mit Asthma bronchiale IV°, atopischer Dermatitis und Allergien auf Nahrungsmittel und Zusatzstoffe während eines akuten Infekts. In: Arbeitskreis Allergiekranke Kind (AAK) Informationsblatt 38, Dezember 1999, S. 14
- Bearuy, Susanne: Unser Tag... Zusammenfassung von Erfahrungen und Gedanken einer Elterngruppe zum Thema Schutz vor Gesundheitsrisiken anhand des Tagesablaufes eines asthmakranken Kindes – wie können Kinder sich selbst schützen – wo brauchen sie Hilfen? In: Arbeitskreis Allergiekranke Kind (AAK) Informationsblatt 38, Dezember 1999, S. 11-13
- vzbv (2003): Gefährliche Lücken – der Schutz der Verbraucher vor Chemikalien. Hintergrundpapier zur Chemikalienpolitik
- FiNuT (2005): Resolution: Frauen in Naturwissenschaft und Technik für ein starkes REACh. Im Internet verfügbar unter www.nut.de